



Nr. 24

19. Juni 2013

Inhalt

[dbb warnt vor weiterer Untergrabung der Strukturen des öffentlichen Dienstes: „Vorsicht – Einsturzgefahr!“+++](#)

[dbb: Qualifikationsrahmen als Chance für Deutschland und Europa nutzen+++](#)

[dbb zur Lehrkräftesituation in Sachsen: Ehrliche und strukturelle Lösungen müssen her+++](#)

[Gesetz gebilligt: Familienpflegezeit und flexibler Eintritt in den Ruhestand für Bundesbeamte+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Anke Schwitzer weiter an der Spitze des dbb schleswig-holstein+++](#)

[DBB NRW bei Anhörung: Schärfste Kritik an Gesetz zu Besoldungsanpassung+++](#)

[Evaluation des Neuen Dienstrechts in Bayern - BBB verlangt Nachbesserungen+++](#)

[sbb: Sächsische Beamte haben falsche Versprechungen satt+++](#)

[tbb-Kritik an Expertengutachten zur Funktional- und Gebietsreform in Thüringen+++](#)

[Bürger sollen wieder Waldgebiet des Jahres wählen+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb warnt vor weiterer Untergrabung der Strukturen des öffentlichen Dienstes: „Vorsicht – Einsturzgefahr!“

(dbb) Vor weiteren Kürzungen am öffentlichen Dienst in Deutschland hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt gewarnt. „Wenn die Strukturen an so vielen Stellen weiter untergraben werden, wird dies die Bundesrepublik verändern“, sagte Dauderstädt auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb schleswig-holstein am 18. Juni 2013 in Damp. „Dann können wir bald überall Warnschilder aufstellen ‚Vorsicht- Einsturzgefahr!‘ – bei der Lebensmittelkontrolle, im Arbeitsschutz, bei Polizei und Justizvollzug, in Schulen und Krankenhäusern. Dieser dbb“, so Dauderstädt weiter, „wird dafür sorgen, dass es keine neuen Grabungslizenzen im öffentlichen Dienst geben wird und schon gar keine Sprengungen.“

Der dbb Chef verwies darauf, dass Deutschland sich als weitgehend krisenfest erwiesen habe und ein zuverlässiger öffentlicher Dienst als „entscheidender Standortvorteil im internationalen Wettbewerb“ gelte. „Seine Kosten sind im Vergleich zum Ausland niedrig, seine Effizienz ist hoch.“ Die Politik möge laut sagen, „was ihr dieser gute deutsche öffentliche Dienst wert ist“. Der dbb werde dies gern mit Vorschlägen zu Innovationsfähigkeit, höherer Effizienz und zum Bürokratieabbau begleiten.

Der dbb erwarte von einer neuen Bundesregierung nach den Bundestagswahlen im September größere Anstrengungen zum Abbau der Altschuldenberge.

Die Föderalismusreform mit der Übertragung der Zuständigkeiten für Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht vom Bund auf die Länder sei „ein Fehler, ein Rückschritt in anachronistischen Partikularismus“ gewesen und müsse langfristig rückgängig gemacht werden. Schließlich müsse sich die Politik auch ernsthaft einbringen, um die Folgen der demografischen Entwicklung für den öffentlichen Dienst angemessen abzufedern.

So vermisse er in der Demografiestrategie der Bundesregierung Maßnahmen, „die den öffentlichen Dienst attraktiv halten oder besser noch in seiner Attraktivität stärken, um bei der Gewinnung von Nachwuchs nicht das Nachsehen zu haben“, sagte Dauderstädt.

Der dbb Chef erneuerte zudem sein Plädoyer für den Erhalt der gewohnten sozialen Absicherung der Beamten, also für Beihilfe und Beamtenversorgung.

„Gäben wir das alles auf, ohne vergleichbare Bezahlung zur Privatwirtschaft anbieten zu können, müssen wir in den Mangelberufen morgen und im übrigen öffentlichen Dienst übermorgen einpacken“, zeigte sich Dauderstädt überzeugt.

Der dbb Chef gratulierte der alten und neuen Landesbundvorsitzenden Anke Schwitzer zur Wiederwahl. Schwitzer, die im dbb Sprecherin aller Landesbünde ist und seit zwölf Jahren an der Spitze des dbb schleswig-holstein steht, hatte auf dem Landesgewerkschaftstag 82 Prozent der 99 Delegiertenstimmen erhalten. (01/24/13)

dbb: Qualifikationsrahmen als Chance für Deutschland und Europa nutzen

(dbb) In der Umsetzung des Europäischen und des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) sieht der dbb Chancen für Deutschland und Europa. Das hat die stellvertretende Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes Astrid Hollmann zum Auftakt einer Regionalkonferenz unter dem Motto „Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens – was ist zu tun?“ deutlich gemacht, zu der das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz am 18. Juni 2013 ins dbb forum berlin eingeladen hatten.

So seien mit der Realisierung Chancen für Mobilität, Transparenz und Durchlässigkeit in einem europäischen Bildungs- und Wirtschafts-

raum verbunden – „und damit auch die Chance, dem demografischen Wandel zu begegnen und somit auch den wirtschaftlichen und sozia-

len Umbrüchen“, sagte Hollmann in ihrem Grußwort. Die an der Entwicklung des DQR Beteiligten, darunter auch die Lehrerverbände unter dem Dach des dbb, hätten sich hohe Ziele gesteckt. Zur weltweit geschätzten Qualität aus Deutschland unter dem Siegel „Made in Germany“ müsse als weiteres Gütesiegel „Educated in Germany“ hinzukommen.

„Es geht dabei um nicht weniger als die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens auf nationaler Ebene. Dabei geht es nicht nur um die Vergleichbarkeit von Abschlüssen. Es geht vielmehr um die Zukunft einer ganzen Generation“, sagte die dbb Vize und verwies auf die „Vielfalt Europas“, der in Berlin tagtäglich zu begegnen sei, „dazu auf den Fachkräftemangel in Deutschland, auch im öffentlichen Dienst, und eine Europäische Jugend, die nach Chancen sucht über nationalstaatliche Grenzen hinweg“.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, hätten Bundesbildungsministerium, Kultusministerkonferenz und Fachöffentlichkeit zusammengewirkt. „Sie alle haben diskutiert,

oftmals auch gerungen, um Abschlüsse, Titel und Befähigungen einzusortieren und zu bewerten - damit unsere gewachsenen Qualitätsstandards nicht verloren gehen.“ Der dbb habe vor allem in seiner Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft unter Vorsitz von Berthold Gehlert Positionen zum DQR erarbeitet und debattiert.

„Unter unserem Dach weiß ich sieben Lehrer-gewerkschaften organisiert – eine geballte Ladung Fachwissen, die wir gern eingebracht haben“, so Hollmann.

Mit dem DQR für lebenslanges Lernen wird erstmals ein umfassendes, bildungsbereichsübergreifendes Profil der in Deutschland erworbenen Kompetenzen vorgelegt. Als nationale Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens soll er vor allem die Besonderheiten des deutschen Bildungssystems berücksichtigen und zur angemessenen Bewertung und Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa beitragen.
(02/24/13)

dbb zur Lehrkräftesituation in Sachsen: Ehrliche und strukturelle Lösungen müssen her

(dbb) „Wir brauchen richtige Tarifverhandlungen und im Ergebnis strukturelle Lösungen.“ Mit diesen Worten hat Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb beamtenbund und tarifunion, noch einmal die Forderungen des dbb zur Lehrkräftesituation in Sachsen klargemacht. Bildungspolitik und Forderungen der Lehrer stehen am 19. Juni 2013 auch auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags.

Ein Spitzengespräch am 11. Juni 2013 zwischen Gewerkschaften und Sächsischer Staatsregierung im Dresdner Finanzministerium hatte keinerlei Fortschritte in der Sache gebracht. Russ sagte: „Wir hatten die Erwartung, endlich in Tarifverhandlungen mit Sachsen zu den drängenden Problemen der Lehrer einzusteigen. Wir wären auch bereit gewesen, wegen der Hochwassersituation die Verhandlungen zu vertagen. Aber leider ist es durch das nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Form völlig abzulehnende Verhalten der Arbeitgeberseite zu gar keinem wirklichen Austausch beider Seiten gekommen. Auf diese Weise wurde wiederum eine Chance vertan, das neue Schuljahr streikfrei zu halten.“ Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen, so Russ weiter, hätten nach dem Treffen deutlich gemacht, dass sie mit dem „Magermilch-Angebot“ der

Staatsregierung keine der gewerkschaftlichen Forderungen auch nur ansatzweise erfüllt sehen.

Russ appellierte an die Landtagsabgeordneten, sich die Probleme und Forderungen der Lehrkräfte in Sachsen zu eigen zu machen. „Nach jetzigem Angebotsstand kämen nur sehr wenige Kolleginnen und Kollegen aus der überalterten Lehrerschaft in den Genuss der Altersteilzeit - und das auch nur unter ökonomisch nicht akzeptablen Bedingungen. Verhandlungen über eine dringend notwendige Entgeltordnung für Lehrkräfte, die Minister Unland als stellvertretender Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) durchaus anstoßen könnte, stehen auch nicht im Programm. Da lassen sich Streikaktionen im neuen Schuljahr

kaum mehr ausschließen. So kann es jedenfalls nicht weitergehen“, sagte Russ.

An den Gesprächen des dbb in Sachsen sind als Mitgliedsgewerkschaften der Sächsische Lehrerverband (SLV) im VBE (Verband Bildung und Erziehung), der Lehrerverband Berufliche

Schulen Sachsen (LVBS) und der Philologenverband Sachsen (PVS) beteiligt. Der SLV stellte am 18. Juni 2013 auch Ergebnisse einer Mitgliederbefragung zur Lehrkräftesituation vor.

(03/24/13)

Gesetz gebilligt: Familienpflegezeit und flexibler Eintritt in den Ruhestand für Bundesbeamte

(dbb) Der Bundesrat hat am 7. Juni 2013 das Gesetz zur Familienpflegezeit und zum flexibleren Eintritt in den Ruhestand für Beamtinnen und Beamte des Bundes gebilligt. „Der dbb begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. „Damit werden die Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auch im Besoldungsrecht normiert – das war längst überfällig. Die neuen Möglichkeit für einen flexibleren Ruhestandseintritt sind darüber hinaus ein wichtiger und notwendiger Schritt, um den Personalbedarf im sich verschärfenden Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte zu decken sowie das Wissen von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen zu erhalten und weiterzugeben.“

Mit dem Gesetz wird so ein erster Schritt unternommen, den demografischen Veränderungen Rechnung zu tragen. Über die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung hinaus werden gesetzliche Voraussetzungen für die Einführung einer Familienpflegezeit geschaffen. Damit wird das Familienpflegezeitgesetz, das für die Privatwirtschaft und für die Tarifbeschäftigten seit dem 1. Januar 2012 in Kraft ist, im Beamtenbereich wirkungsgleich nachvollzogen.

Zudem wird durch einen neuen Anspruch auf Dienstzeitverlängerung das Hinausschieben des Ruhestandseintritts für diejenigen Beamtinnen und Beamten erleichtert, die Einbußen bei der Versorgung mit einer längeren Lebensarbeitszeit kompensieren. Solche Einbußen können beispielsweise aufgrund familienbe-

dingter Teilzeit, Beurlaubungszeiten oder aufgrund der beabsichtigten neu eingeführten Familienpflegezeit entstehen. Der Anspruch auf den späteren Ruhestandseintritt soll auf höchstens drei Jahre begrenzt sein und nur bestehen, sofern dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

Außerdem sollen Beamtinnen und Beamte, die ihren Ruhestandseintritt so freiwillig hinausschieben – und bei denen der Höchstruhegehaltssatz bereits erreicht ist – für ihre weitere Dienstzeit einen Bleibezuschlag erhalten, der nicht auf das Ruhegehalt angerechnet wird. Dieser Zuschlag ist als Anreiz für Beamte gedacht, bei denen sich das Verbleiben im Dienst nicht mehr versorgungssteigernd auswirkt.

(04/24/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Anke Schwitzer weiter an der Spitze des dbb schleswig-holstein

(dbb) Anke Spitzer bleibt für eine weitere Amtszeit Chefin des dbb schleswig-holstein. Auf dem Landesgewerkschaftstag in Damp wurde sie am 18. Juni 2013 mit über 80 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt.

Die 60-Jährige ist seit 2001 Vorsitzende des nördlichsten dbb-Landesbundes. Schwitzer bewies in der zurückliegenden Einkommensrunde Verhandlungsgeschick und erreichte nach einer monatelangen Auseinandersetzung

mit der Landesregierung die inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auch für den Beamtenbereich in Schleswig-Holstein, erklärte der dbb Landesbund in einer Mitteilung. In ihrer neuen

Amtszeit stehe die Umsetzung einer tiefgreifenden Strukturreform des dbb schleswig-holstein an, die veränderten gesellschaftlichen Strukturen und immer neuen Anforderungen im öffentlichen Dienst insbesondere durch Arbeitsplatzabbau, Attraktivitätsverlust und die Folgen der Schuldenbremse Rechnung tragen soll.

Dem verkleinerten Vorstand um Anke Schwitzer gehören künftig Kai Tellkamp als erster Stellvertreter, Thorge Erdmann als Schatzmeister sowie Nils Jessen für den Fachbereich Beamtenpolitik und Ludwig Klemm für den Bereich Tarifpolitik an.

In der öffentlichen Veranstaltung zum Gewerkschaftstag würdigte Ministerpräsident Torsten Albig die Leistungen des öffentlichen Dienstes,

ohne den es kein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein geben könne. Der öffentliche Dienst werde oft nur als volkswirtschaftlicher Kostenfaktor gesehen, so Albig. „Dabei schaffen die Leistungen des öffentlichen Dienstes wesentliche Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Der öffentliche Dienst hat deshalb ein viel höheres Ansehen verdient“, sagte der Ministerpräsident. Wenn die Maßstäbe an den öffentlichen Dienst hoch bleiben sollen, müsse er in Zukunft noch bessere Arbeitsperspektiven bieten. So müsse er im Wettbewerb um die weniger werdenden Fachkräfte mitmischen können. In der Diskussion um die Besoldungsanpassung zeigte sich Albig froh darüber, dass es zu einem guten Ergebnis für die Beamten gekommen sei. (05/24/13)

DBB NRW bei Anhörung: Schärfste Kritik an Gesetz zu Besoldungsanpassung

(dbb) In der Anhörung zum Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 am 18. Juni 2013 im Düsseldorfer Landtag hat der DBB NRW seine Kritik an der Landesregierung und den Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bekräftigt.

Meinolf Guntermann, Vorsitzender des DBB NRW, zitierte aus der schriftlichen Stellungnahme seines Verbandes, wonach ein sogenanntes Sonderopfer – z. B. in Form von Nullrunden auch nur für einzelne Besoldungsgruppen - ausschließlich dann zulässig sei, wenn dies durch spezifische, im Beamtenverhältnis wurzelnde Gründe, gerechtfertigt ist. Eine Begründung, die sich nur auf die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stütze, reiche nicht aus, so Guntermann unter Hinweis auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

„Das Berufsbeamtentum ist – bewusst abweichend vom Arbeitsrecht – darauf angelegt, eine verlässliche Aufgabenerfüllung zu gewährleisten und – in einem von vielfältigen Interessenkonflikten geprägten Umfeld – Rechtsstaatlichkeit und Neutralität zu gewährleisten. Das Lebenszeitprinzip sichert die Unabhängigkeit des Beamten ebenso wie das Streikverbot für die Verlässlichkeit staatlichen Handelns steht“, so Guntermann weiter.

Der zweite Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, wies darauf hin, dass die Beamtenschaft in der Vergangenheit ständig mit Kürzungsmaßnahmen und Verschlechterungen zu kämpfen hatte. Diese Sonderopfer zeigten, welche „Wertschätzung“ das Land NRW gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten an den Tag lege. Die Argumentation der Landesregierung, dass Maßnahmen zur Reduzierung des Personalkostenanteils an den Ausgaben erforderlich sind, nannte Staude „unredlich“. Er sagte: „Es kann nicht Aufgabe einer bestimmten Beschäftigtengruppe sein, den Haushalt des Landes schergewichtig zu konsolidieren. Diese Beschäftigten wurden vom Land Nordrhein-Westfalen eingestellt. Sie sind nicht für bestimmte Haushaltsentwicklungen beziehungsweise politische Akzentuierungen verantwortlich. Die Konsolidierung des Haushalts ist von der gesamten Bevölkerung zu leisten und nicht nur von der Berufsgruppe, die kein Streikrecht hat.“ (06/24/13)

Evaluation des Neuen Dienstrechts in Bayern - BBB verlangt Nachbesserungen

(dbb) Die breit angelegte Auswertung des Anfang 2011 in Kraft getretenen neu geschaffenen Beamtenrechts, des Neuen Dienstrechts in Bayern, ist am 18. Juni 2013 im Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes vorgestellt worden. Es sei gut, dass „ein so einmaliges und umfangreiches Gesetzeswerk“ noch einmal hinterfragt werde, so Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB).

Er begrüßte die umfangreiche Sachstandsaufnahme. In einigen Punkten greife die Evaluation allerdings noch zu kurz. „Wir brauchen bald eine nochmalige Überprüfung“, sagte der BBB-Vorsitzende.

Jahrelange und intensive Arbeiten, an denen auch die Beschäftigten und der BBB durchgehend beteiligt waren, hatten zu dem Neuen Dienstrecht geführt. Entstanden sei ein bundesweit einmaliges Gesetzeswerk, das nun in einer tiefgreifenden Evaluation seinen „Feinschliff“ erhalten sollte. „Leider hat sich gezeigt, dass ein Zweijahreszeitraum in vielen Bereichen eindeutig zu kurz ist, um auswertbare Ergebnisse zu erhalten“, so Habermann. Es

seien Fragen geblieben, für die bisher keine Lösungsvorschläge angeboten werden. „Diese Stolpersteine müssen schnell beseitigt werden“, forderte der BBB-Chef. „Der BBB will sich weiter dafür einsetzen, dass Nachbesserungen erfolgen, wo sie nötig sind. Neben einer nochmaligen Evaluation Ende 2014 verlangt er die Vorlage konkreter Ergebnisse in Einzelfragen, die derzeit zur Prüfung anstehen.“

Mit dem Neuen Dienstrecht hat Bayern als erstes Bundesland die Gesetzgebungskompetenzen genutzt, die im Zuge der Föderalismusreform I im Bereich des Beamtenrechts vom Bund auf die Länder übertragen wurden. (07/24/13)

sbb: Sächsische Beamte haben falsche Versprechungen satt

(dbb) Auf Kritik des beamtenbund und tarifunion sachsen (sbb) ist die Absicht der Landesregierung gestoßen, die Dienstrechtsreform mit Forderungen der Lehrer nach mehr Personal und einer Altersteilzeitregelung sowie mit der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Landesbeamten zu verknüpfen. Dies stelle einen „einmaligen Eklat in der Geschichte des Freistaates dar“, erklärte der sbb am 18. Juni 2013.

Der Sächsische Beamtenbund fordere die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten. „Alles andere wäre unverständlich und erschüttert das Vertrauensverhältnis in die Regierungsparteien des Freistaates Sachsen“, heißt es weiter in der Mitteilung. Die Pläne der Staatsregierung zur zeitverzögerten Übernahme stellten einen weiteren Einschnitt für in die Besoldung der sächsischen Beamten dar, der so nicht hinnehmbar ist. „Nach der seit zwei Jahren gestrichenen Sonderzahlung und der im Freistaat Sachsen beibehaltenen Praxisgebühr/Selbstbehalt bei Arztbesuchen, der immer noch zu geringen Wegstreckenentschädigung für Außendienstmitarbeiter und der seit Jahren nicht angepassten Mehrarbeitsvergütung, wird nun ein

weiteres Sonderopfer von den Beamten verlangt. Das ist mit den Gewerkschaften nicht zu machen.“

Der sbb-Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann brachte sein Unverständnis über den Umgang mit dem öffentlichen Dienst im Freistaat zum Ausdruck: „Es kann nicht immer nur von Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, erst kürzlich wieder im Zusammenhang mit den Leistungen zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe, die Rede sein. Es muss nach dem ‚feuchten Händedruck‘ auch eine finanzielle Würdigung erfolgen. Wer einen funktionierenden Staat will, der muss auch Geld in die Hand nehmen.“ (08/24/13)



tbb-Kritik an Expertengutachten zur Funktional- und Gebietsreform in Thüringen

(dbb) Mit den Worten „Viel Schatten, etwas Licht“ hat der Thüringer Beamtenbund tbb seine Stellungnahme zum Gutachten zur Funktional- und Gebietsreform umrissen, die am 12. Juni 2013 an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht übergeben wurde.

In seiner Auseinandersetzung mit dem Gutachten kritisiert der tbb vor allem die Vorschläge zur Kommunalisierung und Privatisierung. „Aus unserer Sicht sind im Gutachten vorrangig nicht fachliche Überlegungen ausschlaggebend, sondern die Zielrichtung einer möglichst umfassenden Kommunalisierung von Aufgaben“, fasste der tbb-Landesvorsitzende Helmut Liebermann die Kritikpunkte zusammen. „Aus Sicht des tbb werden hierbei nicht nur unrealistische Vorschläge unterbreitet, sondern auch elementare Grundregeln bei Organisationsänderungen missachtet.“ Von besonderer Wichtigkeit sei auch die Feststellung, dass die Funktional- und Gebietsreform kein Zaubermittel ist, mit dem die finanziellen Herausforderungen des Freistaats Thüringen für die nächsten Jahre bewältigt werden könnten.

Einige Vorschläge der Expertenkommission finden aber auch den Beifall der Beschäftigten: „Eine Zusammenlegung des Thüringer Liegenschaftsmanagements mit einem noch zu errichtenden Landesbetrieb für Bau, Verkehr und Liegenschaften wird vom tbb und seinen Fachgewerkschaften befürwortet, da sich dieser Zusammenschluss auch schon in anderen Bundesländern bewährt hat.“ Auch ein länderübergreifender Verbund aller statistischen Landesämter lasse sich realisieren. „Nochmalige Veränderungen in den Bereichen Forst, Polizei oder Schulämter lehnen wir aber ab“, so Liebermann.
(09/24/13)

Bürger sollen wieder Waldgebiet des Jahres wählen

(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) ruft Bürgerinnen und Bürger an eine Wahlurne der besonderen Art. Seit 15. Juni 2013 wird bereits zum zweiten Mal das Waldgebiet des Jahres gesucht. Für 2014 stellen sich vier Bewerber aus dem ganzen Bundesgebiet der Wahl. Bis zum 31. August können sich Waldliebhaber an der Internetabstimmung unter www.waldgebiet-des-jahres.de beteiligen.

Im vergangenen Jahr war der Solling zum Waldgebiet 2013 gekürt worden, was auf große Resonanz bei den Medien und - besonders in der Region – auch auf großes Bürgerinteresse stieß. Bürger, Forstleute, Politik und zahlreiche Partner des Waldes feierten die Auszeichnung eines in allen Bereichen nachhaltig bewirtschafteten Ökosystems. Darüber hinaus gilt die Auszeichnung der erfolgreichen Arbeit der Forstleute vor Ort.

„Für das Jahr 2014 sollen nun erneut die Bürger entscheiden, welches ihr Waldgebiet des Jahres ist“, so Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. Nach einer bundesdeutschen

Ausschreibung stehen nun folgende Kandidaten zu Wahl: Lieberoser Heide (Brandenburg, Landesbetrieb Forst Brandenburg), Schönbuch (Baden-Württemberg, Forst BW), Steigerwald (Bayern, Bayerische Forstverwaltung) und Zittauer Gebirge (Sachsen, Stadt Zittau).

Unter www.waldgebiet-des-jahres.de finden die Wähler detaillierte Informationen zu allen Kandidaten und können direkt abstimmen. Die Gewinner werden am 1. September 2013 bekannt gegeben.
(10/24/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Überraschend hat die griechische Regierung am 11. Juni 2013 die staatliche Medienanstalt ERT geschlossen. „Öffentlich-rechtliche Medien leisten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung. Diese Lücke füllen jetzt private Sender mit privaten Interessen“, kommentierte **Astrid Hollmann**, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Mitglied des Bundesvorstands der Mediengewerkschaft VRFF am 12. Juni in Berlin den Vorgang. Über 2.600 Mitarbeiter der vier betroffenen griechischen Fernsehsender und insgesamt 26 Radiostationen wurden entlassen. Für Ende August ist die Schaffung einer neuen, deutlich kleineren Medienanstalt geplant. „Der griechische Haushalt steht unter enormem Spardruck. Das ist eine extreme Situation. Allerdings kann dies keine Ad-Hoc-Maßnahmen rechtfertigen, die das Vertrauensverhältnis zwischen öffentlich Bediensteten und der Arbeitgeberseite massiv beeinträchtigen“, erklärte die dbb-Vize. Der öffentliche Dienst in Griechenland werde auch in Zukunft als Partner für eine wirtschaftliche Konsolidierung des Landes benötigt. Harte finanzielle Einschnitte müssten kommuniziert werden, öffentlich-rechtliche Medien seien auch in der heutigen Gesellschaft ein wichtiger Raum, einen Dialog zwischen Regierenden und Regierten herzustellen. „Griechenland wird auf Dauer unabhängige öffentlich-rechtliche Medien brauchen“, so Hollmann.

Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft und dbb-Vize, hat am 13. Juni 2013 Eckpunkte der Tarifeinigung von dbb beamtenbund und tarifunion und komba gewerkschaft bei AGS Airport Ground Service GmbH vorgestellt. Auch der Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, habe sich bei der Veranstaltung erfreut gezeigt über die endlich erreichten Verbesserungen für die fast 200 Beschäftigten beim Bodenverkehrsdienstleister, wie die komba mitteilte. Die grün-rote baden-württembergische Landesregierung habe die komba Tarifverhandlungen seit 2012 aktiv unterstützt. Obwohl die Tarifvertragsparteien, dbb beamtenbund und tarifunion für die bei der komba gewerkschaft organisierten Beschäftigten und die Geschäftsführung der AGS Airport Ground Service GmbH, zu Beginn in ihren Vorstellungen noch weit auseinanderlagen, konnte dennoch in den meisten Themenkomplexen eine Einigung erreicht werden, die die Interessen der Beschäftigten umfassend berücksichtigt, so Silberbach.

„Vor allem bei den sozialen Inhalten des Manteltarifvertrages und auch in Hinblick auf die Neuregelung der Entgeltstrukturen haben wir wichtige Grundsteine für faire Arbeitsverhältnisse erreicht.“

Am 18. Juni 2013 hat sich die Landesleitung des dbb berlin zu einem ersten Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus, Udo Wolf, und dem Mitglied des Hauptausschusses Carola Bluhm getroffen. Seitens der Landesleitung des dbb Berlin nahmen der Landesvorsitzende **Frank Becker** sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Monika Opitz, Bodo Pfalzgraf und Ferdinand Horbat teil. In dem Gespräch wurden drängende aktuelle Fragen wie Besoldungsanpassung, Personalmanagement und Lehrerverbeamtung diskutiert. Dem dbb berlin wurde zudem ein in der Fraktionsklausur vom März 2013 verabschiedetes Personalentwicklungskonzept übergeben. Dieses Papier wird nun dem Landesvorstand des dbb berlin zur Aus- und Bewertung zugeleitet.

Vor einem weiteren „Ausbluten“ der Hamburger Bürgerämter hat der dbb hamburg gewarnt.

Kaum sei die letzte Verwaltungsreform 2006 in den Bezirken umgesetzt worden, unterliegen nun die bürgernahen Kundenzentren einer Prüfung. Im Teilprojekt „OptiKuZ“ (Optimierung der Kundenzentren) sei neben der Schließung angeblich nicht mehr wirtschaftlich arbeitender Kundenzentren vorgesehen, „überzählige“ Beschäftigte künftig als „Mobilen Bürger-Service“ am Rande von Wochenmärkten einzusetzen, die dort Dienstleistungen anbieten sollen. Was allerdings fehle, seien Fahrzeuge und die entsprechende Technik, die erst noch angeschafft werden müsse – „und das wird richtig teuer“, erklärte der dbb hamburg. „Der Unmut unter den Beschäftigten ist groß; die bürgernahe Verwaltung kommt nicht zur Ruhe und beschäftigt sich ein weiteres Mal mit sich selbst“, kritisierte Landesvorsitzender **Rudolf Klüver** am 14. Juni 2013.

Der Landesvorsitzende des dbb brandenburg, **Ralf Roggenbuck**, hat die Erwartung der Mitglieder bekräftigt, dass die Landesregierung am 21. Juni 2013 wie die Mehrheit der anderen Bundesländer eine inhaltsgleiche Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifergebnisses für die Brandenburger Beamtinnen und Beamten vor-

schlägt. Auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb schleswig-holstein am 18. Juni 2013 in Damp beglückwünschte Roggenbuck Anke Schwitzer zur Wiederwahl als Landesbundvorsitzende und würdigte, dass „sie durch ihr unermüdliches Wirken etwas erreicht hat, was wir uns für das Land Brandenburg ebenfalls wünschen. Trotz anderslautender Pläne ihrer Landesregierung hat sie eine Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifiergebnisses inhaltsgleich für alle Beamtinnen und Beamten des Landes Schleswig-Holstein durchgesetzt.“

Der VBE (Verband Bildung und Erziehung) hat Pläne des Schulministeriums und des Wissenschaftsministeriums in NRW begrüßt, die Zahl der Lehramtsstudienplätze für Sonderpädagogik um 2.300 zu erhöhen. Die sei eine „wichtige und überfällige Maßnahme“, sagt der VBE-Bundes- und Landesvorsitzende **Udo Beckmann** am 18. Juni 2013. „Um das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern gelingen zu lassen, werden diese Experten dringend an allen Schulformen gebraucht.“ Mit der Aufstockung der Studienplätze für Sonderpädagogen zeige die Landesregierung, dass die bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um den personellen Bedarf an Sonderpädagogen abzudecken. Aus Sicht des VBE wird eine weitere Ausweitung der Zahl der Studienplätze unumgänglich sein, wenn dauerhaft genügend ausgebildete Sonderpädagogen zur Verfügung stehen sollen.

Vor dem Berlinbesuch von US-Präsident Barack Obama haben deutsche Politiker über Parteigrenzen hinweg Aufklärung über das Ausspähprogramm Prism gefordert. Zustimmung bekommen die USA hingegen von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). DPoIG-Vorsitzender **Rainer Wendt** nahm die Amerikaner gegen Kritik in Schutz: „Es ist absolut notwendig, auch bei der europäischen Terrorabwehr nicht nachzulassen“, zitiert die „Welt“ (Ausgabe vom 19. Juni 2013) Wendt. „Deshalb ist es unerträglich, wie die amerikanische Seite derzeit von manchen Politikern in Deutschland beschimpft wird.“ Bereits am 8. Juni 2013 hatte Wendt im Gespräch mit Handelsblatt Online eine ähnliche Überwachung von Telefon- und Internetdaten wie in den USA auch für Deutschland angeregt. „Ich habe die große Hoffnung, dass wir uns in Deutschland nicht länger auf unser Glück verlassen, sondern der Bevölkerung klipp und klar sagen, was zur

Verbesserung polizeilicher Analysekompetenz nötig ist“, sagte er. „Präsident Barack Obama argumentiert mutig, entschlossen und er hat fachlich hundertprozentig recht“, betonte Wendt. „Diese Politik wünsche ich mir auch in Deutschland und Europa.“
(11/24/13)